

MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 19. September 2005

BESSERE BILDUNGSCHANCEN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Die Volksschule ist darauf angewiesen, dass Kinder und Jugendliche auch ausserhalb des Unterrichts gut betreut sind, sich gesund ernähren, die Hausaufgaben erledigen, sozial integriert sind und ihre Freizeit so verbringen, dass der Schulunterricht nicht darunter leidet. Leider müssen aber immer mehr Kinder und Jugendliche ohne gute Tagesbetreuung aufwachsen und so schlechtere Bildungschancen in Kauf nehmen. Dies führt dazu, dass immer mehr Jugendliche ihr Bildungspotenzial nicht voll ausschöpfen und auf dem Arbeitsmarkt schlechte Chancen haben.

Der LCH hat an seiner Delegiertenversammlung 2001 eine Resolution verabschiedet für einen Ausbau der familien- und schulergänzenden Betreuung. Seither hat sich die Situation nicht grundlegend verbessert, An der diesjährigen DV ist die Verbandsleitung daher beauftragt worden, eine politische Offensive zu starten, um dieses Anliegen in der Bundesverfassung zu verankern: Die Kantone sollen dafür sorgen, dass alle Gemeinden eine Bedarfsabklärung nach familien- und schulergänzender Betreuung vornehmen und entsprechende Angebote machen, wenn der Bedarf nachgewiesen ist.

Deshalb hat der LCH am 31. August 2005 Parteien, Bildungsbehörden, Fachverbände, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu einem Runden Tisch zum Thema Tagesschulangebote eingeladen. Ziel der Tagung war eine Einigung über das weitere Vorgehen zu finden, wie das Anliegen der familien- und schulergänzenden Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Bundesverfassung verankert werden kann.

Die Stellungnahmen zeigten eine eindruckliche Zustimmung zu einer „konzertierten Aktion“: Zu Beginn der Herbstsession sollen Initiantinnen aus allen grossen Parteien eine inhaltlich gleich lautende Parlamentarische Initiative einreichen und diese aus verschiedenen parteipolitischen Blickwinkeln begründen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) hat dann die Möglichkeit, das überparteiliche Anliegen aufzunehmen und dem Parlament eine Kommissionsvorlage zu unterbreiten.

Der LCH wird sich zudem auch auf der Ebene der Kantone und bei der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz dafür einsetzen, dass dieses Anliegen aufgenommen wird. Es ist jedoch nicht nur Sache der Bildungsbehörden, einen Beitrag zur Umsetzung besserer Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche zu leisten. Unterstützung muss auch seitens der Sozial-, Gesundheits-, Familien- und Wirtschaftspolitik kommen.

Auch wenn sich Eltern an den Zusatzkosten beteiligen müssen, werden die öffentlichen Aufwendungen für die Bereitstellung von guten Tagesstrukturen mittelfristig steigen. Doch dieses Geld ist sehr gut investiert. Die OECD empfiehlt der Schweiz in einem Ländervergleich mit dem Titel „Kinder und Karriere – Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, die öffentlichen Ausgaben für die familienergänzende Betreuung von Vorschulkindern und für die schulergänzende Betreuung zu erhöhen, weil damit gleichzeitig die Erwerbsbeteiligung der Frauen gefördert werden kann. Die Schweiz könne dadurch langfristig ihr BIP um gut 15 % steigern!

Kontaktadressen für Rückfragen:

Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH
T +41 61 903 95 85
E beat.w.zemp@lch.ch

Dr. Anton Strittmatter, Leiter Pädagogische Arbeitsstelle LCH
T +41 32 341 55 01
E a.strittmatter@lch.ch